

Berlin, 7. Juni 2010

Friedrichstraße 169/170  
D-10117 Berlin

Verantwortlich  
Sandra Hennig

Telefon 030.4081-5510  
Telefax 030.4081-5599  
post@dbbj.de  
www.dbbj.de

**dbb jugend zu Konsolidierungskonzept der Bundesregierung:**

**Hennig: „Staatsdiener mal wieder als Spardiener missbraucht“**

Als unverhältnismäßige Maßnahme hat die dbb jugend die Pläne der Bundesregierung zurückgewiesen, durch einen Abbau von mehr als 10.000 Stellen in der Bundesverwaltung und den Verzicht auf die Wiederanhebung des Weihnachtsgeldes für die Bundesbeamten Einsparungen zur Konsolidierung des Staatshaushalts zu erzielen.

„Erneut müssen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ein Sonderopfer bringen – Sparen bei den Staatsdienern, die wieder mal als Spardiener missbraucht werden, bringt eben immer ein paar Zusatzpunkte auf der Populismus-Skala“, zeigte sich die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Hennig heute in Berlin nach Bekanntgabe der Regierungspläne empört. „Das ist unterste Schublade“, kritisierte Hennig, „zumal, wenn man berücksichtigt, dass die Bundesverwaltung durch pauschale Stellenabbauquoten seit 1993 bereits eine gewaltige Schrumpfkur hinter sich hat und jetzt in Zeiten des demografischen Wandels eigentlich alles daran gesetzt werden müsste, den öffentlichen Dienst gerade auf Bundesebene gut aufzustellen.“ Immer wieder hätten im Übrigen insbesondere Unionspolitiker betont, dass der öffentliche Dienst seinen Konsolidierungsbeitrag geleistet habe und nunmehr junge qualifizierte Fachkräfte mit attraktiven Arbeitsbedingungen gewonnen werden müssten, erinnerte Hennig. „Alles Schall und Rauch, ebenso wie die bereits von Bundesregierung und Bundestag beschlossene Wiederanhebung des Weihnachtsgeldes für die Bundesbeamten auf die Hälfte eines Monatsbezuges. Wie sollen sich die Kolleginnen und Kollegen vor diesem Hintergrund noch auf ihren Dienstherrn verlassen? Da darf es niemanden verwundern, wenn Motivation und Leistungsbereitschaft nachlassen“, warnte Hennig.

**pressedienerst**